

Politische Entwicklung in der Tschechoslowakei 1945-1948

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Osteuropäische Geschichte
Übung: Die Tschechoslowakei 1945-1953

Leitung: Stefan Zwicker, M.A.
Referent: Aleksej Golowerda
SoSe 2003 Datum 25.06.03

Politische Entwicklung in der Tschechoslowakei 1945-1948

Weichenstellung vor dem Kriegsende für politischen Kurs

Am 5. April 1945 verkündet Regierung Fierlinger in Kaschau ihr Regierungsprogramm:

- In der Regierung: Kommunisten, Sozialdemokraten, National-Sozialisten, Katholische Volkspartei und slowakische Demokraten;
- Verbot für Agrarpartei, Gewerkepartei, Nationale Vereinigung, Slowakische Volkspartei Hlinkas und Minderheitenvertretungen.
- ↳ Kompromiss zwischen Kommunisten und bürgerlich-demokratischen Kräften;
- ↳ Aufstieg der KPČ zur zahlenmäßig stärksten und bestorganisierten Partei;
- ↳ Basis für spätere Alleinherrschaft der Kommunisten.

Innenpolitik:

- ☑ Verstaatlichung der Grundindustrie, der Banken und des Versicherungswesens;
- ☑ Ersetzung der traditionellen Distrikts- und Gemeindeverwaltungen durch die von der Bevölkerung zu wählenden „Nationalausschüsse“;
- ☑ Einführung der Volksgerichte in Verbindung mit Nationalausschüssen;
- ☑ Säuberungen auf dem Gebiet der Erziehung und Kultur.

Militärwesen:

- ☑ Reorganisation des „demokratisch-antifaschistischen“ Heeres nach dem Vorbild der Roten Armee und seine Ausbildung durch sowjetische Instrukteure;
- ☑ Studium tschechoslowakischer Offiziere an Militärakademien in der UdSSR;
- ☑ Ernennung von Polit-Kommissaren zu „Bildungsoffizieren“.

Außenpolitik:

- ☑ Eingeräumte politische Autonomie für Slowakei;
- ☑ Bündnis mit der „siegreichen slawischen Großmacht im Osten“;
- ☑ Freundschaftliche Beziehungen zu den demokratischen Westmächten im Rahmen der „Antinazifront der Vereinten Nationen“.

Bildung des „sozialistischen Blocks“ innerhalb der Nationalen Front aus vier sozialistischen Parteien am 13. April 1945:

- ↳ Bekräftigung der Annahme durch Beneš, die tschechischen und slowakischen Kommunisten seien echte Demokraten und nicht mit den Kommunisten anderer Länder gleichzusetzen;
- ↳ Anfangs freiwilliger Verzicht der demokratischen Sozialisten auf Positionen zugunsten der Kommunisten;
- ↳ Vorstufe einer künftigen sozialistischen Einheitspartei.

- ✓ Am 9. Mai erreicht die Rote Armee Prag und besetzt in Kürze das ganze Land mit Ausnahme des von den Amerikanern besetzten westlichen Streifens;
- ✓ Regierung Fierlinger zieht am 10. Mai 1945 in Prag ein;
- ✓ Präsident Beneš kehrt sich am 16. Mai 1945 triumphal nach Prag zurück;
- ✓ Abzug der gesamten alliierten Truppen am 1. Dezember 1945.

Nachkriegsverordnungen und -institutionen


Restitutionsdekret vom 19. Juni 1945 „über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter sowie ihrer Helfershelfer“:

- Bis zum 5. Mai 1947 475 Deutsche und 234 Tschechen wegen „Verbrechen gegen den Staat“ zum Tode, 443 Deutsche und 293 Tschechen zu lebenslänglichem Zuchthaus und weitere 19 888 Personen zu Gefängnisstrafen von durchschnittlich mehr als 10 Jahren verurteilt;
- Im April 1946 über 5000 Slowaken in einer „anti-faschistischen Bereinigungsaktion“ verhaftet und angeklagt;
- Etwa 250 000 Tschechen und Slowaken verlieren wegen des Verdachts der Kollaboration durch Verfügung des Innenministeriums das aktive und passive Wahlrecht.






Gesetz der Provisorischen Nationalversammlung vom 8. Mai 1946:

- Amnestie für die zwischen dem 30. September 1938 und dem 28. Oktober 1945 begangenen strafwürdigen Handlungen, die „einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken“ leisteten.
(Freispruch für Verbrechen gegen Sudetendeutsche während wilder Vertreibungen.)
- ✓ Am 28. Oktober 1945 tritt die Provisorische Nationalversammlung zusammen.
- ✓ Regierungsverordnungen vom 5. Mai und 7. August 1945: Herkömmliche Behördenorganisation wurde in den Gemeinden, Bezirken und Provinzen durch Nationalausschüsse ersetzt.

Mitgliedschaft in der KPČ:













- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  1938 – 80 000 |  29. November 1946 – 1,25 Mill. |
|  April 1946 – 1 Million |  15 Juni 1948 – 2,3 Millionen |

Reaktionen und Verhalten demokratischer Parteien:

-  Tadel der Eigenmächtigkeit der KPČ;
-  Herunterspielen der Bedeutung der Meinungsverschiedenheiten;
-  Ergebnissadressen an sowjetische Hegemonialmacht;
-  Verlust an politischer Glaubwürdigkeit;
-  Benachteiligungen bei Papierzuteilung für ihre Presseorgane oder beim Bereitstellen von Sendezeiten und Behinderung ihrer politischen Arbeit.

Parlamentswahlen am 26. Mai 1946

Wahlenbestimmungen

-  Freie und geheime Wahlen;
-  Parlament für zwei Jahre gewählt;
-  Ein-Kammer-Parlament;
-  Verhältniswahlrecht;
-  Nur die slawische Bevölkerung zugelassen;
-  Senkung der Altergrenze der Wähler von 21 auf 18 Jahre;
-  Soldaten und Mitglieder der Sicherheitskräfte zugelassen;
-  Grundregel der Nationalen Front zur Vorbereitung der Parlamentswahlen vom 16. Januar 1946:
 -  Keine Kritik an Regierungspolitik, nur Erklärungen zu Änderungswünschen;
 -  Kein Missbrauch des Namens des Präsidenten der Republik im Wahlkampf;
 -  Keine Kritik an der außenpolitischen Orientierung;
 -  Fortsetzung der Politik der Nationalen Front nach den Wahlen.

Politische Entwicklung in der Tschechoslowakei 1945-1948

Parteienlandschaft vor der Wahl

- Vier tschechische und zwei slowakische Parteien;
- Austritt der Volkssozialisten aus dem sozialistischen Block (Volkssozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten);
- Parteien der Nationalen Front entscheiden über die Zulassung neuer Parteien; jede neue Partei soll Mitglied der Nationalen Front werden und mit deren politischen Programm einverstanden sein.

Wahlergebnisse (7 102 893 abgegebene gültige Stimmen, davon 1 612 216 in Slowakei)

In den böhmischen Ländern			insgesamt: 231 Mandate
<i>Kommunisten:</i>	1 007 000 Mitglieder	40,17% Stimmen	93 Mandate
<i>Sozialdemokraten:</i>	352 000 Mitglieder	15,58% Stimmen	37 Mandate
<i>Volkssozialisten:</i>	574 000 Mitglieder	23,66% Stimmen	55 Mandate
<i>Volkspartei:</i>	400 000 Mitglieder	20,24% Stimmen	46 Mandate
In der Slowakei			insgesamt: 69 Mandate
<i>Kommunisten:</i>		30,4% Stimmen	21 Mandate
<i>Partei der Arbeit:</i>		3,1% Stimmen	2 Mandate
<i>Demokraten:</i>		62% Stimmen	43 Mandate
<i>Freiheitspartei:</i>		3,7% Stimmen	3 Mandate

In der Nationalversammlung können sich die Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten auf 153 von insgesamt 300 Mandaten stützen.

- ☞ Am 19. Juni 1946 bestätigt die Verfassungsgebende Nationalversammlung Beneš einstimmig im Amt des Staatspräsidenten;
- ☞ Am 3. Juli stellt Klement Gottwald seine neue Regierung vor.

Regierung		insgesamt: 24 Minister
KPČ:	Vorsitzender (Gottwald) + 6 weitere Regierungsmitglieder	
Volkssozialisten:		4 Minister
Volkspartei:		4 Minister
Demokratische Partei:		4 Minister
Sozialdemokraten:		3 Minister
Slowakische Kommunisten:		2 Minister

Vorgehen Kommunistischer Führung gegen die Sozialisten und Demokraten nach der Wahl; Gescheiterte Absorption von Sozialdemokraten

- ☛ Todesurteil gegen Monsignore Tiso am 18. April 1947 wegen Hochverrats;
- ☛ Vergebliche Bombenattentate auf den Außenminister Masaryk, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Zenkl und Justizminister Drtina am 11. September 1947;
- ☛ Erhebung des Vorwurf staatsfeindlicher Betätigung gegen die Slowakische Demokratische Partei am 8. Oktober 1947 → über 200 Personen verhaftet;
- ☛ Nach einem Proteststreik am 5. November Umbildung vom Rat der Kommissare am 18. November zu Gunsten der Kommunisten und der Freiheitspartei → weitere über 200 Verhaftungen folgen;
- ☛ Verbreitung der Nachricht über Verhinderung des angeblichen von den „Faschisten“ vorbereiteten Attentats auf Beneš durch die kommunistisch kontrollierte Polizei;
- ☛ Aber: Wechsel der Parteiführung Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten am 16. November 1947 → Ablehnung einer Fusion mit der KP.








Grenzabkommen mit den Nachbarn

- ✓ 29. Juni 1945 – Abtretung der Karpato-Ukraine an die Sowjetunion ab (was praktisch schon im Dezember 1944 geschah);
- ✓ Zurückgabe des im Ersten Wiener Schiedsspruch (vom 2. November 1938) an Ungarn abgetretenen Gebiet an die Tschechoslowakei;
- ✓ Ende Juni 1945 – polnisch-tschechoslowakische Verhandlungen in Moskau über den „Olsagebiet“: Wiederherstellung der Grenze von 1937;
- ✓ 10. März 1947 – polnisch-tschechoslowakischer Beistandspakt: Lösung der Spannungen, aber keine Einigung über die Gebietsansprüche.







Außenpolitik

- ✓ 12. Dezember 1943: Beneš und Stalin schließen einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Unterstützung und Zusammenarbeit nach dem Kriege“;
- ✓ 9. Mai 1946 – Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit mit Jugoslawien;
- ✓ Juli 1946 legt Außenminister Jan Masaryk der französischen Regierung den Entwurf eines Bündnisvertrages vor;
- ✓ 26. Juli 1946 – fünfjähriger Handelsabkommen mit der UdSSR; weitreichende sowjetischen Luftrechte über tschechoslowakisches Hoheitsgebiet;
- ✓ 26. August 1946 – Stornierung eines Warenkredits über 40 Millionen Dollar und Abbruch von Verhandlungen über eine Anleihe in Höhe von 150 Millionen Dollar durch die USA als Reaktion auf offene Pressepolemik gegen die westlichen „Imperialisten“;
- ✓ Am 7. Juli 1947 beschließt das Kabinett einstimmig die Entsendung einer Verhandlungskommission nach Paris zur Marshallplan-Hilfe;
- ✓ Am 8. Juli stellt Stalin in Moskau tschechoslowakischer Regierungsdelegation das Ultimatum, „den Freundschafts- und Beistandspakt zwischen unseren Ländern als gültig zu betrachten oder es vorzuziehen, nach Paris zu gehen“;
- ✓ Am 10. Juli lehnt das Kabinett die Einladung nach Paris einstimmig ab.

Grundthesen

-  Anlehnung an die Sowjetunion, aber noch keine definitive Absage an den Westen;
-  Phase der relativen Demokratie;
-  Präsident vor dem Krieg – Präsident nach dem Krieg;
-  Versuch einer Mittlerrolle zwischen West und Ost;
-  Gleitende kommunistische Machtübernahme;
-  Dualismus mit Slowakei nicht gelöst;
-  Lösung der Grenzprobleme und Bevölkerungsaustausch.

Literatur

-  Hönsch, Jörg K.: Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart: Kohlhammer³1992.
-  Mauritz, Markus: Tschechien. Regensburg: Pustet, 2002.
-  Rhode, Gotthold: *Die Entwicklung in der Tschechoslowakei 1945 bis 1967*. Zürich: Max Gehlen, 1967.
-  Sláma, Jiří/Karel Kaplan: *Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935 – 1946 – 1948*. München: Oldenbourg, 1986.
-  *Deutsche und Tschechen*. Informationen zur politischen Bildung 132 (1993).
-  *Tschechien*. Informationen zur politischen Bildung 276 (2002).